

Wahlkampfthemen : Ausstieg aus der Atomkraft und viele Fragezeichen

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **38 (2011)**

Heft 4: **Parlamentswahlen 2011**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909608>

Nutzungsbedingungen

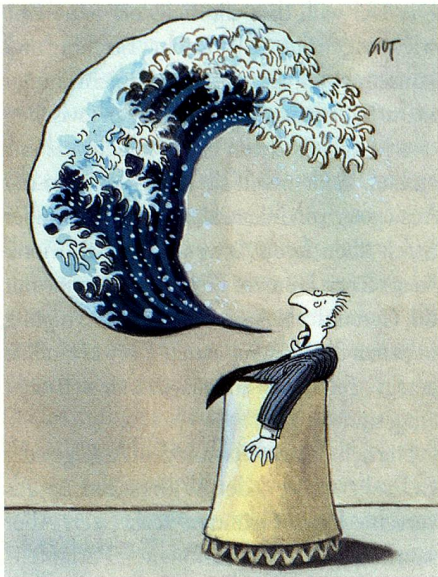
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausstieg aus der Atomkraft und viele Fragezeichen

Die fünf Schweizer Atomkraftwerke decken rund zwei Fünftel der jährlichen Stromproduktion. Bis 2034 will sie der Bundesrat schrittweise und ersatzlos vom Netz nehmen. Energieeffizienz und der Ausbau von erneuerbaren Energien sollen die Lücke füllen. Die Diskussion über die Stromzukunft ist lanciert – und animiert auch den Wahlkampf. Von René Lenzin



Die Schweizer Landesregierung plant die Energiezukunft ohne inländische Atomkraft. Diese Strategie ist neu, klar ist, was dazu geführt hat: Fukushima. Bis zum Reaktorunfall in Japan wollte die Mehrheit des Bundesrats die Option Kernenergie offenhalten und die Verfahren für den Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) einleiten. Nach Fukushima hat der Wind jedoch gedreht. Ende Mai beschloss der Bundesrat den schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft – die vier Frauen im Bundesrat sollen den Beschluss entscheidend beeinflusst haben. Die Regierung erachtet die fünf Schweizer AKW zwar als sicher genug, um sie je 50 Jahre laufen zu lassen. Aber danach sollen sie ersatzlos vom Netz gehen. Konkret heisst dies, dass 2019 Beznau I im Kanton Aargau stillgelegt wird, Beznau II und Mühleberg im Kanton Bern 2022, Gösgen im Kanton Solothurn 2029 und Leibstadt, ebenfalls im Aargau, 2034.

Nach der Katastrophe von Fukushima müsse man davon ausgehen, dass neue AKW in einer Volksabstimmung keine Chance mehr hätten, sagte Energieministerin Doris Leuthard. Daher brauche es einen raschen Entscheid, damit die Schweiz die energiepolitische Wende rechtzeitig und mit genug

Zeit an die Hand nehmen könne. Laut Leuthard ist der schrittweise Ausstieg aus der Atomkraft «technisch möglich und wirtschaftlich tragbar». Wie es genau funktionieren soll, hat der Bundesrat allerdings noch nicht erläutert. Bis im kommenden Jahr will er seine Strategie in einer Gesetzesvorlage konkretisieren.

Dies sind dabei die Eckpfeiler:

- Ausbau der Wasserkraft, auch wenn dieses Potenzial als Folge der bereits hohen Nutzung begrenzt ist.
- Ausbau der erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Erdwärme) und der fossilen Stromproduktion (Wärmeerkraftkoppelung, allenfalls Gaskombikraftwerke).
- Mehr Energieeffizienz durch sparsamere Geräte und bessere Isolierung der Gebäude.
- Ausbau der Stromnetze: sogenannte intelligente Netze (Smart Grid) im Inland für die bessere Nutzung der dezentralen Produktion sowie optimale Anbindung ans europäische Netz.
- Vernetzung und Ausbau der bestehenden öffentlichen und privaten Forschungszentren im Energiebereich.

Gelingt der Ausstieg politisch?

Vom Umbau der Stromproduktion verspricht sich der Bundesrat einen Innovationsschub in der sogenannten Cleantech-Branche sowie zahlreiche neue Arbeitsplätze. Gratis zu haben ist die alternative Stromzukunft allerdings nicht. Die Landesregierung schätzt, dass sich die volkswirtschaftlichen Kosten für den Um- und Neubau des Kraftwerkparks und für Massnahmen zur Reduktion der Stromnachfrage auf 0,4 bis 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen werden. Ob sich diese Annahmen und Zahlen als richtig erweisen, ist eine der zahlreichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Atomausstieg stellen. Zunächst muss das bundesrätliche Konzept aber mehrheits-

fähig werden – im Parlament und in der Bevölkerung.

Eine erste Hürde hat der Bundesrat genommen: Im Juni hat der Nationalrat seinem Ausstiegsszenario zugestimmt. Ja gesagt hat eine Koalition aus Sozialdemokraten (SP), Grünen, Christlichdemokraten (CVP), Grünliberalen und Bürgerlich-Demokraten (BDP). Gegen den Ausstieg stimmte die Schweizerische Volkspartei (SVP). Der Stimme enthalten haben sich die Freisinnig-Liberalen (FDP), weil es für einen wissenschaftlich abgestützten Entscheid zu früh sei. Das Verbot neuer AKW erhielt im Nationalrat schliesslich eine Zweidrittelmehrheit. Das ist ein deutliches Ergebnis, die Mehrheiten sind allerdings brüchig. Das zeigte sich, als der Rat erste Pflöcke für den Weg zum Ziel einzuschlagen hatte: SP und Grüne wollen schneller aussteigen als der Bundesrat und das aus ihrer Sicht unsichere AKW Mühleberg sofort abschalten. CVP und BDP hingegen wollen die Einsprachemöglichkeiten gegen Um- und Neubauten von Kraftwerken einschränken.

Ob die Ausstiegskoalition im Ständerat hält, muss sich zeigen, gilt die kleinere Parlamentskammer doch als atomfreundlicher als der Nationalrat. Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob der Ständerat das Thema bereits im September oder erst nach den Wahlen behandeln wird. Stimmen beide Räte dem Ausstieg sowie später dem Umsetzungskonzept des Bundesrats zu, kommt es wohl auch noch zu einer Volksabstimmung.

Gelingt die energetische Wende?

Fast 60 Milliarden Kilowattstunden (KWh) Strom hat die Schweiz 2010 verbraucht. Auf 90 Milliarden KWh würde der Konsum gemäss Schätzungen des Bundesrats bis 2050 steigen, falls die Rahmenbedingungen gleich blieben. In diesem Fall müsste die Schweiz nicht nur den Atomstrom ersetzen, sondern die Produktion oder den Import darüber hinaus massiv steigern. Diese Zahlen machen

die Herausforderung deutlich, die auf das Land zukommt. Zumal der Stromverbrauch in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist. 2010 lag er um 4 Prozent über dem Vorjahr und um 14 Prozent über dem Jahr 2000. In einzelnen Jahren lässt sich der Mehrverbrauch teilweise mit tiefen Temperaturen und entsprechend höheren Heizkosten erklären. Mehrheitlich ist er jedoch auf Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszunahme zurückzuführen.

Die wichtigste Stromquelle in der Schweiz ist das Wasser. Es sorgte im 2010 für 56,5 Prozent der in der Schweiz produzierten Elektrizität. 38,1 Prozent stammten aus AKW. Das ist jener Anteil, der bis 2034 zu ersetzen ist. Die erneuerbaren Energien – ohne Wasserkraft – steuerten nur knapp zwei Prozent zur Stromproduktion bei, wovon die Hälfte auf Solar- und Windenergie entfiel. Zwar verzeichnen diese Energielieferanten hohe Wachstumsraten, aber in absehbarer Zeit werden sie kaum jene Mengen produzieren,

die es für den Atomausstieg braucht. Also wird die Schweiz wohl nicht darum herumkommen, die Lücke vorübergehend mit Gaskombikraftwerken oder massiv höheren Importen zu decken. In beiden Fällen stellt sich das Problem des Klimaschutzes, weil Gaskraftwerke CO₂ produzieren und der eingeführte Strom kaum ausschliesslich aus sauberen Quellen stammen dürfte.

Will die Schweiz überhaupt aussteigen?

Vor dem Nationalrat zeigte sich Energieministerin Doris Leuthard überzeugt, dass der Ausstieg gelingen kann: «Der Plan ist im Ansatz da. Jetzt geht es um das Feintuning, damit Sie dann im nächsten Jahr die konkreten Pläne in der Vernehmlassung haben werden. Wir haben dreissig Jahre Zeit. Alle zehn Jahre müssen wir neun Terawattstunden Strom neu dazubauen. Wir können das, wir schaffen das. Aber wir müssen uns jetzt auf den Weg machen», sagte sie. Doch wohin führt dieser Weg? Wirklich in eine atomfreie

Zukunft? Leuthard selbst lässt vieles offen: «Wer kann heute sagen, wie sich die Technologie entwickelt? Sollte etwa in dreissig Jahren die Kernfusion gelingen und sollten die Vorteile der Atomenergie wieder überwiegen, könnte man das Gesetz erneut anpassen», sagte sie gegenüber der «NZZ am Sonntag» vier Tage nach dem Ausstiegsentscheid des Bundesrats. Heute sei jedoch aufgrund der bekannten Fakten zu entscheiden, und die sprächen gegen «neue, teure Investitionen in die verfügbare Kerntechnologie».

Aussteigen, um später wieder einzusteigen? Das ist ein Szenario, dem weder die Befürworter noch die Gegner der Atomenergie viel abgewinnen können. Zu kostspielig sei das und mit einem kaum mehr wettzumachenden Technologieverlust verbunden, sagen die ersten. Nie mehr auf die gefährliche, unkontrollierbare Atomkraft setzen, die zweiten. Das Thema wird im Wahlkampf weiter für heisse Diskussionen sorgen.



WEG DAMIT!



Bürgerlich-Demokratische Partei
Schweiz (BDP)

Ja



Christlichdemokratische Volkspartei
(CVP)

Ja



FDP.Die Liberalen (FDP)

Ja

**Sind Sie für den Atom-
ausstieg, wie vom Bundes-
rat vorgeschlagen?**

**Wie soll die Energie-
versorgung der Schweiz in
Zukunft sichergestellt
werden?**

Die Versorgungssicherheit bei der Energie ist für die BDP von zentraler Bedeutung. Wir fördern sowohl den effizienteren Energieeinsatz wie auch die Energieproduktion im eigenen Land, wobei der Reduktion von CO₂ besonders Rechnung zu tragen ist. Da es die Förderung erneuerbarer Energien erlaubt, die Wertschöpfungskette grösstenteils in unseren Regionen zu halten, sind innovative Projekte zur Nutzung alternativer Energiequellen mit geeigneten Lockerungen der Bau- und Schutzgesetzgebung zu unterstützen.

Durch deutliche Erhöhung der Erzeugung erneuerbarer Energien. Die CVP setzt auf Wasserkraft als wichtigste Ressource für eine sichere Stromversorgung. Durch den Ausbau der Stromnetze mit intelligenten Netzen (Smart Grids). Durch eine massive Erhöhung der Energieeffizienz in allen Bereichen des Verbrauchs, um das nach wie vor hohe Einsparpotenzial zu nutzen, insbesondere bei Gebäudesanierungen. Als Übergangslösung, um einen Versorgungsengpass zu vermeiden, wird sich die CVP nicht gegen die dezentrale Erstellung von Wind- und Gas-Kombi-Kraftwerken stellen.

Die FDP fordert den Umbau hin zu erneuerbaren Energien. Die künftige Energieversorgung muss sich an vier Zielen orientieren: Versorgungssicherheit, sichere Energieproduktion für Mensch und Umwelt, wettbewerbsfähige Preise und Klimaschutz. Die Strategie der FDP dazu basiert auf drei Säulen: mehr Markt, Offensive für die erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz. Damit können Versorgungslücken in den nächsten Jahren verhindert werden in den Bereichen.

**Wie soll die Schweiz ihre
Beziehungen zur EU
gestalten – enge Zusammen-
arbeit und Öffnung
oder Alleingang?**

Die BDP ist gegen einen EU-Beitritt, unterstützt aber klar und unmissverständlich den bilateralen Weg und steht zu den Abkommen bezüglich Personenfreizügigkeit mit der EU. Die Schweiz muss und will im eigenen Interesse solide, pragmatische und freundschaftliche Beziehungen zur EU pflegen, dabei aber ihre Interessen mit Nachdruck und Selbstbewusstsein vertreten. Die Europapolitik der BDP unterstützt die Bemühungen um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität des Kontinentes, da dies klar im Interesse der Schweiz ist.

Die CVP will weder den EU-Beitritt noch einen Alleingang. Sie unterstützt die bundesrätliche Europapolitik. Sie setzt sich für die Weiterführung und den Ausbau des bilateralen Weges ein, der sich als mehrheitsfähig und erfolgreich erwiesen hat. Wichtig dabei sind der Erhalt unseres Handlungsspielraumes, die Sicherung eines angemessenen Marktzutritts und die Rechtssicherheit. Die automatische Übernahme von EU-Recht kommt für die CVP nicht infrage. Nicht zur Diskussion steht eine Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Der bilaterale Weg ist der Königsweg der Schweiz. Einen EU-Beitritt lehnen wir ab. Die Abkommen bringen unserem Land enorme Vorteile – ohne die Unabhängigkeit der Schweiz zu gefährden. Europas tiefste Arbeitslosigkeit von 2,9 % zeigt das. Nun ist der bilaterale Weg weiter zu stärken. Den automatischen Nachvollzug von EU-Gesetzen oder eine Lockerung der kantonalen und eidgenössischen Steuerhoheit lehnt die FDP ab.

**Was gedenkt Ihre Partei für
die Auslandschweizer zu
tun?**

Die BDP ist sich der Bedeutung der Auslandschweizer bewusst und hat für ihre Anliegen grundsätzlich ein offenes Ohr. Da sich die Partei aber selbst noch im Aufbaustadium befindet und noch nicht in allen Kantonen vertreten ist, hat sie noch keine umfassende Positionierung in Bezug auf die Anliegen der Auslandschweizer formuliert. Dies wird voraussichtlich in den nächsten vier Jahren geschehen.

Wir setzen uns für die Schweizer Schulen im Ausland ein. Wir kämpfen für die Erhaltung des Angebotes von swissinfo. Wir fordern eine vereinfachte Ausübung der politischen Rechte für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und vernünftige Krankenkassenprämien für in der EU wohnhafte Schweizerinnen und Schweizer. Wir sind für eine stärkere staatsbürgerliche Einbindung von Auslandschweizern durch bessere politische Information.

FDP.Die Liberalen hat sich in den letzten Jahren auch für zentrale Themen der Auslandsschweizer eingesetzt. Wir haben z. B. immer wieder die rasche Einführung des elektronischen Stimm- und Wahlrechts (E-Voting) gefordert. Ein weiteres Beispiel ist unser Engagement für ein umfassendes konsularisches und diplomatisches Aussennetz und mehr Honorarkonsuln. Auch das Freihandelsabkommen mit den aufstrebenden Ländern ist für Auslandschweizer von grosser Wichtigkeit. Diese Anliegen sind zentral für eine moderne und offene Schweiz, wie sie die FDP fordert.



Grüne Partei der Schweiz (Grüne)



Grünliberale Partei Schweiz (GLP)



Schweizerische Volkspartei (SVP)



Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)

Ja,.

Ja

Nein

Ja

Die Energiezukunft der Grünen basiert auf den drei «E»: Einsparungen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Damit sollen bis 2029 alle fünf Schweizer AKW abgeschaltet werden können, ohne dass ein neues AKW gebaut werden muss. Dies fordern die Grünen auch in der im Frühling lancierten Atomausstiegsinitiative. Mit der Senkung des Verbrauchs können die AKW Beznau 1 + 2 und Mühleberg mehr als einmal ersetzt werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird bis 2029 so viel Strom erzeugt, wie die AKW Gösigen und Leibstadt produzieren.

Die Grünliberalen setzen auf die drei Säulen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieaussenpolitik. Wir sind gegen neue Atomkraftwerke und für den schrittweisen Atomausstieg. Bei der Energieeffizienz liegen enorme Potenziale brach. Die Erneuerbaren sind gezielt zu fördern, z. B. mit der Aufhebung der Beschränkung bei der Einspeisevergütung. Mit der Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» setzen die Grünliberalen die richtigen Anreize. Ergänzend braucht es Investitionen im Ausland, z. B. in Windparks in Nord- und Solaranlagen in Südeuropa.

Die Schweiz wird auch in Zukunft einen Strom-Mix haben. Die erneuerbaren Energien werden ihren Anteil sicherlich steigern, die Kernkraft ersetzen können sie jedoch aufgrund der mangelnden Speichermöglichkeit und der Abhängigkeit von natürlichen Faktoren nicht. Für die Grundlast braucht es deshalb bei einem möglichen Ausstieg aus der Kernkraft einen Energieträger mit ähnlichen Voraussetzungen. Hierzu stehen heute nur fossile Kraftwerke (Gas, Kohle, Erdöl) mit ihren bekannten Nachteilen (Auslandsabhängigkeit, Emissionen) zur Verfügung.

Mit unserer Cleantech-Initiative haben wir die Lösung für die Energieversorgung der Zukunft: Die Cleantech-Initiative will, dass der Gesamtenergiebedarf der Schweiz ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt wird, zudem soll der Energieverbrauch durch Massnahmen bei der Energieeffizienz verringert werden. Mit Investitionen in erneuerbare Energien und saubere Technologien (Cleantech) schaffen wir in der Schweiz eine neue, nachhaltige Wirtschaftsbranche und regionale Arbeitsplätze.

Der «Alleingang» der Schweiz ist wegen der geografischen Lage und der wirtschaftlichen und sozialen Verflechtung eine politische Illusion. Neben diesem «Sachzwang» gibt es auch gute Gründe für eine enge Zusammenarbeit mit der EU: Ökologische, wirtschaftspolitische und soziale Fragen entziehen sich zunehmend dem Einfluss der Nationalstaaten. Die Grünen setzen deshalb auf die politische Öffnung. Ein EU-Beitritt ist für die Grünen nur erstrebenswert, wenn die demokratischen Prozesse in der Schweiz erhalten bleiben.

Die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist politisch, wirtschaftlich und kulturell eng mit der EU verflochten. Für die Grünliberalen ist klar, dass die Schweiz europäische Mitverantwortung zu tragen hat, denn der Wohlstand der Schweiz basiert auf Leistung und internationaler Vernetzung. Der bilaterale Weg hat sich in der Vergangenheit bewährt und soll weiter entwickelt werden. Er trägt sowohl dem Wunsch nach Vernetzung als auch nach Eigenständigkeit am besten Rechnung. Eine gemeinsame Zukunft bedingt aber Offenheit für verschiedene Ansätze.

Die SVP kämpft als einzige Partei seit jeher vehement gegen einen EU-Beitritt. Sie steht zum bilateralen Weg, jedoch nicht bedingungslos. Bei solchen Verträgen darf es nicht um eine Annäherung an die EU gehen, sondern um die Interessen der Schweiz. Aussenpolitik ist für jedes Land Interessenpolitik. Dies muss auch für die Schweiz gelten. Die Schweiz hat viel zu bieten und muss auch entsprechend verhandeln. Es dürfen keine Verträge abgeschlossen werden, in welchen die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz untergraben werden.

Die SP will die Verträge der Schweiz mit der EU erhalten und stärken. Zentral ist der Ausbau flankierender Massnahmen zur Personenfreizügigkeit auf Arbeits- und Wohnungsmarkt und in der Bildung. Zudem steht die SP zu neuen Energie- und Landwirtschaftsabkommen und zu mehr Steuergerechtigkeit auch im Verhältnis zur EU. Der bilaterale Weg ist freilich demokratiepolitisch fragwürdig. Die SP will keine EU-Passivmitgliedschaft ohne Mitentscheidungsrechte, sondern innerhalb der EU für ein soziales, demokratisches und geeintes Europa kämpfen.

Wir werden unser bisheriges Engagement für die Auslandschweizer weiterführen. Beispiele sind: Antonio Hodgers, Genfer Nationalrat und Fraktionspräsident der Grünen, ist Mitglied des Auslandschweizerrats; alle Ständeräte der Grünen haben in der Sommersession 2011 die Initiative für ein Auslandschweizergesetz unterzeichnet (dieses Gesetz ist eine Forderung im Wahlmanifest der ASO). Wir unterstützen Massnahmen, die die Ausübung der politischen Rechte aus dem Ausland erleichtern. Auf unserer Webseite gibt es eine Plattform für die Auslandschweizer.

Als junge und kleine Partei haben die Grünliberalen nur beschränkte Ressourcen zu Verfügung, weshalb wir uns vorerst in erster Linie auf die Schweiz konzentrieren. Wir sind uns aber bewusst, dass die Fünfte Schweiz sozusagen den viertgrössten «Kanton» der Schweiz darstellt und entsprechend Bedeutung hat und Beachtung verdient.

Unsere Auslandschweizer-Sektion SVP International ist sehr aktiv und kann sich wie eine Kantonalsektion in alle Parteigremien einbringen und deren Politik mit beeinflussen. Für die Wahlen 2011 tritt die SVP International in 9 Kantonen mit eigenen Listen an. So können die Stimmbürger im Ausland in den Kantonen Zürich, Genf, Graubünden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Schaffhausen und Schwyz Auslandschweizer Kandidaten wählen. Politisch kämpft die SVP für den Erhalt der Schweizer Werte und die Unabhängigkeit der Schweiz.

Die SP will die Stimme der Auslandschweizer und -schweizerinnen in der Schweizer Politik stärken und bietet ihnen Wahllisten an, um für den Nationalrat zu kandidieren. Eine SP-Petition fordert zudem die sofortige flächendeckende Einführung der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting). Die SP widersetzt sich einer Sparpolitik auf dem Buckel der Fünften Schweiz: der Service public bei den konsularischen Diensten, die Qualität der Schweizer Schulen und eine hochstehende Information durch die «Schweizer Revue» und swissinfo dürfen nicht angetastet werden.